

Standort stärken

Um „Verantwortung für Deutschland“ wahrzunehmen, steht die Bundesregierung vor großen Aufgaben: Wirtschaft stärken, Bürokratie abbauen, klarer Fokus auf Prioritäten. Sachverstand einzubeziehen, ist ein Schlüssel zum Erfolg.

Von Dr. Detlef Groß



Auch die Verlässlichkeit der Mehrheiten und das gegenseitige Vertrauen der Koalitionspartner werden zu wichtigen Kriterien einer erfolgreichen parlamentarischen Arbeit.

Regierungsbildung und erste Parlamentsdebatten zeigen: Angesichts vielfältiger Herausforderungen bei elementaren Themen sind die Aufgaben immens und die Erwartungen divers. Ein Kernproblem bleibt das fehlende strukturelle Wirtschaftswachstum. Bürokratielasten greifen weiter um sich, der Fachkräftemangel verschärft sich. Unternehmen prüfen Investitionen und Standorte

Trotz „Sondervermögen“ fehlt es in vielen Bereichen an Mitteln, so bei Infrastruktur und Bildung. Struktureller Wandel bei Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demografie bedarf verantwortungsvoller Gestaltung. Geopolitische Unsicherheiten verunsichern wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Dabei sind die Staatsfinanzen nicht nur auf Bundesebene angespannt, Länder und Kommunen stoßen ebenso an ihre Grenzen. Zudem bedürfen Lösungen im föderalen System

häufig der gemeinsamen Verständigung von Bund und Ländern.

Insofern weist im Titel „Verantwortung für Deutschland“ der Koalitionsvertrag den richtigen Kurs. Viele Inhalte weisen ein vernünftiges Augenmaß auf. Entscheiden wird aber nicht ein Programm, sondern die praktische Umsetzung in erfolgreiche Politik. Dies wird ohne klare Prioritäten nicht funktionieren. Es bedarf sichtbarer und erlebbarer Verbesserungen im Alltag, um notwendiges Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates zurückzugewinnen und neue Zuversicht zu wecken.

Hier setzt der Koalitionsvertrag deutlich andere Schwerpunkte als der vorherige. Vielfältig finden sich Erklärungen, Verfahren straffen, Abläufe effektiver gestalten und Bürokratie zurückbauen zu wollen. Überflüssige (Dokumentations-)Lasten sollen entfallen. Dazu bedarf es keiner Kettensäge. Die Rückbesinnung auf sach-

gemäße Ziele, Augenmaß und Verhältnismäßigkeit wäre kombiniert mit handwerklich besserer Regulierung schon ein Quantensprung.

Bill Clinton hat es hemdsärmelig, in der Sache jedoch zutreffend fokussiert: „It’s the economy, stupid!“. In Deutschland dagegen vermitteln manche Akteure weiter den Eindruck, „die“ Wirtschaft sei anrühlich. Daher dürfe die Politik deren Sachverstand nicht einbeziehen. Gelegentlich zu hören sind sogar Tendenzen, die für einen vollständigen Ausschluss von „Wirtschaftslobbyisten“ aus Anhörungs- und Beteiligungsverfahren plädieren.

Dabei hat gerade die vergangene Legislaturperiode hinreichend dokumentiert, dass solche Ansätze nicht zu besserer Regulierung bzw. zu praxistauglichen Ergebnissen führen. In einigen Bundesministerien (und auch in Brüssel) war augenfällig, wie manche Beteiligungsverfahren wohl nur noch als formale Pflichtübung verstanden wurden oder betroffene Kreise nicht einbezogen wurden. Dieser Missstand bedarf dringend der Korrektur.

Zur Erarbeitung guter Gesetze bedarf es Sachverstand. Je mehr diese Expertise in der Ministerialverwaltung fehlt, umso mehr bedarf es zu Fakten des externen, kompetenten Inputs. Eine transparente, frühzeitige und sachbezogene Einbindung aller relevanten Akteure verbessert die Qualität von Regulierung und erhöht deren Umsetzbarkeit sowie Akzeptanz. Der Fokus sollte dabei auf sachgerechten Zielvorgaben liegen, nicht mehr auf bürokratischen Kontroll- und Dokumentationsorgien. Es bedarf wieder substantiierter Gesetzgebungsfolgenabschätzungen.

Wichtig wird, die gesellschaftliche Spaltung nicht weiter zu überdehnen. Ohne diesen Fokus, die strukturelle Stärkung der Wirtschaftsbasis sowie nachhaltiges Wachstum in Deutschland werden auf Dauer alle Sondervermögen nicht helfen. Geboten sind volkswirtschaftlich kluge Investitionen (und keine konsumtiven Strohfeuer). Verlässliche, wettbewerbsfördernde Rahmenbedingungen mit der Rückbesinnung auf die Stärken der sozialen Marktwirtschaft sind unverzichtbar. Dazu gehört ein gutes Maß an Vertrauen in die Selbstverantwortung von Bürgerinnen und Bürgern. Das stärkt den Standort, vor allem für mittelständische Unternehmen.

Solche Eckpunkte schaffen Grundlagen für umsetzbare, finanzierbare und nachhaltige Lösungen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen. Hierzu sind in gemeinsamer Verantwortung für Deutschland als Standort im internationalen Wettbewerb der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag beste Erfolge zu wünschen. Deutschland kann mehr. Dazu gehört, dass Politik, Ministerien, Wissenschaft und Unternehmen wieder stärker zusammenwirken und an tragfähigen Lösungen arbeiten müssen. Es wäre kein schlechter Zeitpunkt, um jetzt eine solche Neuausrichtung anzugehen. ■

500

Mrd. Euro beträgt das Sondervermögen der Bundesregierung zur Stärkung der Infrastruktur.

64,9

Mrd. Euro betragen die Bürokratiekosten für deutsche Unternehmen im 1. Quartal 2025.

24.

Platz im World Competitiveness Ranking 2024 – damit verliert Deutschland erneut an Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich.

Quellen: Statistisches Bundesamt, www.imd.org

Foto: Adobe Stock

Ergebnisse zählen

Die Ernährungsindustrie als solche wird im neuen Koalitionsvertrag nicht explizit erwähnt. Das steht im Gegensatz zur unmittelbaren Ansprache von Gastronomie und insbesondere der vielfältigen, konkreten Adressierung der Landwirtschaft. Jedoch muss dieser Befund keine Besorgnis begründen, sofern Bundesregierung bzw. (alle) Bundesministerien die grundlegenden Vereinbarungen für verbesserte Rahmenbedingungen des Standortes Deutschland im internationalen Wettbewerb konkret in praktische Politik übersetzen.

Hier zeigen die Verständigungen in die richtige Richtung. Deutschland bedarf wieder bezahlbarer Energie für Wirtschaft und Verbraucher – vor allem einer zukunftsfähigen Infrastruktur, die insbesondere bei Strom perspektivisch belastbare Lösungen für Resilienz und Versorgungssicherheit bietet. An vielen Stellen leuchtet die Überzeugung durch, dass gute Rahmenbedingungen für Eigenverantwortung zu besseren Ergebnissen führen können als überbordende Bürokratie. Zudem setzt die neue Koalition auf eine verstärkte Verbraucherbildung und ein differenziertes Verbraucherleitbild, nach dem Verbraucherinnen und Verbraucher selbstbestimmt entscheiden sollen.

Ländliche Räume sollen gestärkt, die Ressource Wasser besser geschützt und die Kreislaufwirtschaft weiterentwickelt werden. Auch Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt und effektiver werden. An guten Vorsätzen mangelt es also nicht. Was nun zählt, ist eine (auch handwerklich) gute Umsetzung.

Kontakt

Wirtschaftsvereinigung
Alkoholfreie Getränke e.V.
(wafg)
Tel.: 030 / 259 258-0

mail@wafg.de
www.wafg.de

